

Unterhaltsvorschussgesetz

# Die Reform klingt besser, als sie ist

> Anja Stahmann

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig weiß die alleinerziehende Mutter als Wahlkampfhelferin gut einzuspannen. So erklärt sich der Termin für die Novelle des Unterhaltsvorschussgesetzes so kurz vor der Wahl.

Nun muss eine grüne Landespolitikerin das Projekt einer sozialdemokratischen Bundesministerin nicht allein deshalb schlecht finden. Doch die UVG-Reform klingt deutlich besser als sie ist. 87 Prozent aller Alleinerziehenden gehen leer aus, jene 87 Prozent, die auf Transferleistungen angewiesen sind und mit ihren Kindern unterhalb der Armutsschwelle leben. Die UVG-Zahlungen werden als vorrangige Leistungen verrechnet, und so dürften nur wenige AufstockerInnen Vorteile von der Novelle haben.

Zudem zahlen die armen Länder mit hoher Sozialhilfequote die Reform selbst erheblich mit. Für Bremen jedenfalls wird die geplante Gegenfinanzierung nicht aufgehen. Bremen hat eine herausfordernde Sozialstruktur mit allen dazugehörigen Problemen, darunter auch sehr niedrige Rückgriffquoten.

So richtige Begeisterung mag sich bei mir daher nicht einstellen, auch wenn die Idee von Manuela Schwesig im Grunde natürlich richtig ist: Wir müssen Alleinerziehende unabhängig machen von der Finanzkraft und Zahlungs-

moral der Unterhaltsverpflichteten. Wir müssen Trennungsfamilien entlasten vom Streit ums Geld. Wir müssen dafür sorgen, dass Kinder weniger als Armutsrisiko erlebt werden und mehr als das, was sie sind: eine wirkliche Bereicherung.

Was wir viel mehr bräuchten als die UVG-Novelle, die am Ende gerade mal 13 Prozent der Alleinerziehenden erreicht, wäre eine grundlegende Reform der vielen familienpolitischen Leistungen in der Republik. Sie gehören gebündelt in eine eigenständige Existenzsicherung für Kinder, die Kindergrundsicherung. Die ließe sich so ausgestalten, dass Alleinerziehende nicht auch noch die Last der Armut schultern müssen, wenn sie sich ihren Kindern widmen wollen. Aber den Stellenwert, das durchzukämpfen, hat die Familienpolitik in der jetzigen Bundesregierung leider nicht.

> Anja Stahmann (Grüne) ist Senatorin für Soziales, Frauen, Jugend, Integration und Sport der Freien Hansestadt Bremen.



Foto: Anja Stahmann